

[Die Auseinandersetzungen mit der Opposition und die Kritik des Programmentwurfs]

Volksversammlung am 3.8.1891

LHASA, Rep C29 Tit. III, Nr. 6, Bd.2a, Bl. 53-55

– *Königliches Polizei-Präsidium* *Magdeburg, den* 4. August 1891
Name des überwachenden Beamten: Polizei-Kommissar [unleserlich]
Dienststelle: R.1
Bericht über die am 3. August 1891
abgehaltene Sozialdemokratische Arbeiter- *Versammlung*
Datum der Anmeldebescheinigung: 1.8.91
Versammlungslokal: Choreum, Buckau
Einberufer: Albert Vater
Anfang um 8 3/4 *Uhr*
Schluß um 11 3/4 *Uhr*
Es sind anwesend gewesen (schätzungsweise):
Männer: 300
Frauen: 20

Die Versammlung hat geleitet als

1. Vorsitzender: Zigarrenhändler Heinrich Weber

2. Vorsitzender: Arbeiter Albert Vater

Als Schriftführer ist tätig gewesen: Schlosser Hermann Schmidt

Als Hauptredner sind aufgetreten (Beruf, Name und Wohnung):

Der Sekretär der sozialdemokratischen Fraktion

Schriftsetzer

R. Fischer

Berlin, Möckern Str. 73a

Über die Verhandlungen ist folgendes zu berichten:

Der Unterzeichnete dürfe dem Bericht der Volksstimme folgen, welcher die zweistündige Rede des g. Fischer im Auszuge wiedergab.

(Nr. 175 vom 5. August 1891)

Versammlung im Choreum. Die gestern nach dem Choreum einberufene Versammlung wurde um 9 Uhr eröffnet und dann den Genossen Weber, Vater und Schmidt die Leitung übertragen. Fischer-Neustadt (zur Geschäftsordnung) fragt an, ob die Versammlung von dem Vertrauensmann des Wahlkreises Magdeburg einberufen ist, was der Vorsitzende verneint und nachdem noch ein anderer Redner sich in demselben Sinne geäußert, dem Referenten R. Fischer-Berlin das Wort erteilt. Redner erklärt zunächst gegenüber der in der Sonntagsnummer der „Volksstimme“ enthaltenen Erklärung, dass er die Wahl eines selbstständigen Vertrauensmannes für Buckau umso mehr für berechtigt halte, als Artikel 3 des Organisationsplanes jedem Wahlkreise das Recht zustehe, je nach den gegebenen Verhältnissen einen oder mehrere Vertrauensmänner zu wählen. Über die Zweckmäßigkeit der einen oder anderen Form zu sitzen, habe der Parteivorstand weder die Lust noch das Recht und dürfe man den Parteivorstand nicht als ein Institut auffassen, welches die Entschließungen der Parteigenossen der einzelnen Kreise zu stempeln und zu sanktionieren hätte. Zu dem eigentlichen Thema übergehend bespricht Redner zunächst die eiteln Hoffnungen der Gegner, welche aus den verschiedenen Anschauungen der Genossen in die Frage der Taktik eine Spaltung schlussfolgere. Diese vermeintliche und sehnlichst gewünschte Spaltung sei eine periodisch wiederkehrende Erscheinung unter den Gegnern und habe neuerdings gelegentlich des Vollmarschen Streites bei den Gegnern die fixe Idee gezeitigt, dass man es in Vollmar mit einem neuen nationalen Lassalle zu tun habe, wobei man allerdings übersehen habe, dass zu einem sogenannten nationalen Sozialismus auch nationale Sozialdemokraten gehören, die sich in Deutschland schwerlich finden würden.

Inwieweit nun dem Genossen Vollmar bei seinen Äußerungen wieder ein Malheur passiert sei, wie das ja häufig bei ihm vorkomme, bleibe abzuwarten, jedenfalls liege aber nicht der geringste Grund vor, wegen der tatsächlich bestehenden Meinungsverschiedenheiten eine Spaltung innerhalb der Partei zu befürchten. Was Vollmar bezüglich der Wirtschaftspolitik gesagt habe, sei übrigens nicht neu, sondern lediglich ein Anschluss an die bisher befolgte Taktik. Alle jene Meinungsäußerungen, die seinerzeit soviel Anstoß erregten, findet man in der von dem Genossen Vollmar herausgegebenen Broschüre nicht, wodurch der ganze Streit seine Schärfe verliert und die anlässlich dieser Vorgänge gefassten Beschlüsse und Resolutionen sich als ein voreiliges übereiltes Tun charakterisieren.

Wenn die hiesige „Volksstimme“ das Vorgehen der Berliner Schuhmacherversammlung als einen formellen Fehler bezeichne, so sei das nicht richtig, da man es in Wirklichkeit mit einem prinzipiellen Fehler zu tun habe,

wenn eine beliebige Gewerkschaftsversammlung sich ohne Weiteres zum Ausschluss eines Genossen aus der Partei berechtigt halte; eine so wichtige Sache gehöre in eine ausgesprochene Parteiversammlung. Der ganze Vorfall sei aber insofern sehr lehrreich, als er manchem Genossen die Pflicht nahelege, nicht gleich den ersten augenblicklichen Impulsen folgend, zu rücksichtslosen Urteilen zu kommen, die man dann später selbst als übereilt erkennen müsse. Ein solcher Rat passe auch ganz besonders auf Magdeburgs Verhältnisse, wo noch oben-drein das persönliche Moment eine sachliche Auseinandersetzung erschwere. Die Berliner Schuhmacher, deren ehrliches Streben Redner gern anerkennt, hätten mit den Magdeburger Genossen das eine gemeinsam, eine an sich einfache Sache gleich zu schneidig aufzufassen. Bei nur oberflächlicher Betrachtung müsse man gewahr werden, dass die Vollmarsche Meinung absolut kein Echo in der Partei gefunden, wenn aber die Opposition gegenüber dem Genossen Vollmar erbittert sei, so sei das sehr erklärlich, da man sich immer der Täuschung hingegeben habe, in dem Genossen Vollmar einen den „Jungen“ besonders nahestehenden Mann zu erblicken.

Redner bezeichnet dann die auseinandergehenden Meinungen über die Frage der Feier des 1. Mai als eine taktische, die das Prinzip gar nicht berühre. Jedenfalls setze aber die Feier des ersten Mai eine ganze Reihe von Machtbedingungen voraus; seien diese erfüllt, so könne man unbedenklich der Feier des ersten Mai zustimmen, während umgekehrt das Feiern des ersten Maisonntags aus Klugheitsrücksichten vorzuziehen sei.

Zur Allgemeinkritik des Programmentwurfs übergehend betont Redner zunächst, dass gar kein Grund vorliege zu der Befürchtung, dass die Bewegung ihren proletarischen Klassencharakter verliere und dass C. Marx im Unrecht war, als er seinerzeit Lassalle den Vorwurf machte, im Interesse der Reaktion tätig zu sein; es sei vielmehr anzunehmen, dass Lassalle die Absicht vorgeschwebt habe, gelegentlich den Bismarck über den Löffel zu barbieren. Redner zieht dann gegen den Missbrauch des Wortes „revolutionär“ zu Felde und begründet im weiteren Verlauf seiner Ausführungen das Streichen der Produktivgenossenschaften und des ehernen Lohngesetzes aus dem Programm in der Weise, wie sie den Genossen bereits geläufig sind.

Gegenüber der Streichung des Passus, wonach alle anderen Parteien uns gegenüber eine reaktionäre Masse sind, meint Redner, dass damit kein Rückschritt geschehen, sondern dem Programmsatz insofern eine präzisere Form gegeben sei, als unsere Gegner nicht in Parteien, sondern in bestimmte Klassen zu trennen und als solche allerdings als reaktionäre Masse zu betrachten sind. Des Weiteren bewegte sich Referent durchweg auf dem Boden des Programmentwurfs und machte der Opposition den Vorwurf, dass sie nicht klipp und klar ausspreche, welche Stellung sie den verschiedenen Fragen gegenüber einnehme. Schar kritisiert wurde vom Referenten der Verfasser des Flugblattes, welcher nicht den Mut habe, sich zur Vaterschaft „dieses Wisches“ zu bekennen. Eine solche Sprache führe Niemand, der es ehrlich mit der Partei meine und von den besten Absichten beseelt sei. An der Hand des Flugblattes die Opposition zu charakterisieren, wolle er, Redner, sich ersparen, er sei überzeugt, dass nicht einer unter der sogenannten Opposition das Flugblatt verteidige.

Auch der Referent kommt zu dem Schlusse, dass die einzuhaltende Taktik auf dem letzten Parteitag festgesetzt und somit kein Recht bestehe, unablässig an der selbst geschaffenen Grundlage zu bemängeln. Redner schließt seinen Vortrag mit einem lebhaften Appell zur Einigkeit, die umso leichter zu erzielen sei, wenn jeder Einzelne darauf bedacht sei, die Gegensätze in friedlicher Form auszugleichen. (Beifall) Es gelangt dann nachstehende Resolution zur Annahme.

„Die heute im Choreum tagende öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, hält den Entwurf des Programms für prinzipiell richtig und den jetzigen Verhältnissen entsprechend.“ Ellguth

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zu der Stadtverordnetenwahl“ wurde der Genosse Julius Bremer als Kandidat aufgestellt, welcher in einer zu Sonnabend einzuberufenden Versammlung des Näheren darlegen wird, welche Stellung er gegenüber den verschiedenen kommunalen Fragen einnimmt.

Nach Erledigung einiger die Vorbereitung zu den Wahlen betreffender Punkte schloss der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.“

[weiter handschriftlich]

Die Auslassungen über den revolutionären Charakter der Partei resp. über die Art und Weise der Durchführung der sozialdemokratischen Ideen hat der Berichterstatter der Volksstimme (Köster) jedenfalls absichtlich fortgelassen, die betreffenden Stellen sollen hier nachgeholt werden.

Der Fischer sagte:

„Mir imponiert das Wort „revolutionär“ in keiner Weise und ich möchte das Wort in manchen Beziehungen gestrichen wissen; ich kann mir dabei nicht mehr denken, als wenn ich von „Energie“ und „Tatkraft“ der Sozialdemokratie spreche; der Gedanke ist es, der dabei entscheidet, nicht das Wort. Ich erinnere mich dabei an die „Frommen“ im Lande, die zum Teil trotz aller Frömmigkeit den Laster obliegen. Deshalb ist es auch nicht richtig, das Wort „revolutionär“ zu einer bloßen Sprache herabzudrücken, die Sozialdemokratie wird keinen Deut revolutionärer, ob ich sie so nenne, oder nicht.

Tatsächlich gibt es aber innerhalb der Partei Leute, die dem Worte „revolutionär“ den Polizeibegriff „gewalt-sam“ beilegen, obwohl beide Worte nicht gleichbedeutend sind, denn sonst hätte se keinen größeren Revolutionär als Bismarck gegeben, der z.B. verschiedene Gottesgnaden Stühle umgeworfen und das Prinzip des Gottesg-

nadentums auf die Gewalt der Bajonette gestellt hat. Es ist nicht richtig, dass revolutionäre Ideen nur durch Gewalt zur Geltung gebracht werden können.“

„Wir wissen, dass wir alle bis zu einem gewissen Grade das Produkt der Verhältnisse sind und deshalb wissen wir auch, dass die Frage der Verwirklichung unseres Programmes davon abhängig sein wird, in welchem Tempo sich die verschiedenen Kreise der Gesellschaft der Sozialdemokratie anschließen und zu der Überzeugung kämen, dass nur auf diesem Wege eine Befreiung der Menschheit herbeizuführen ist.

Es ist deshalb ganz falsch, wenn man sagt, wir drängten auf den Weg der Revolution hin wenn man die Geschichte unserer Partei verfolgt, dann kann man nur zu der Überzeugung kommen, dass wenn es auf unseren Willen ankommt, unsere Ideen auf ganz friedlichem Wege zur Verwirklichung gelangen werden. Weil wir aber nicht darüber entscheiden können, deshalb müssen wir abwarten, wie es kommt; für mich ist es gar nicht undenkbar, dass die Frage in der Weise gelöst wird, wie z.B. die amerikanische Frage gelöst worden ist.

Die Weltgeschichte ist nicht nur ein Wiederholungs-Prozess, es ist nicht abzusehen, wie die Gegner sich im gegebenen Falle zu uns verhalten; sehr häufig haben diejenigen, die sich in der Minderzahl befanden, zu den Waffen gegriffen, und so kann es auch uns gegenüber kommen. Es kann daher im Programm der Weg nicht vorgeschrieben werden, auf welchem die Frage gelöst werden soll.“

Die Versammelten verließen den Saal unter Absingung der Arbeiter-Marseillaise; auch die Frauen sangen mit.

Quelle: www.geschichtevonunten.de
Zuletzt aktualisiert: 02.10.2010